

show-Simulation spricht auch, dass der typische Aufstieg innerhalb der Parteien und Fraktionen über „fachpolitische Spezialisierung“ läuft²³, also über einen parteiprogrammatisch perspektivierten Sach-Zugang, der über fachliche Selbstwirksamkeitserfahrungen dazu motiviert, sich auch der polity-Ebene der demokratischen Institutionen zu stellen.

Die Dorfgründungssimulation wird daher die Talkshow- und die Bundestags-Variante als gleichberechtigte Alternativen integrieren. Lehrende können somit prinzipiell Abwägen zwischen der tendenziellen Ermutigung zur eigenen politischen Verortung und argumentativer Kompetenz und der tendenziellen Ermutigung, Geschäftsordnungsregelungen als Entlastung für kontroverse Aushandlungsprozesse zu nutzen. Altersabhängig leitet sich daraus ab, die Selbstentdeckung und Selbsterfahrung als politischer Mensch an den Anfang zu stellen, dann über mikropolitische Aushandlungsprozesse politische Selbstwirksamkeit und Ambiguitätstoleranz zu erlernen, um auf dieser Basis simulativ in das strenge Regelwerk der Bundestagsdebatten einzutauchen.

23 Vgl. *Suzanne S. Schüttemeyer*, a.a.O. (Fn. 1), S. 247.

Interdisziplinär und praxisrelevant. Die Themen der Zeitschrift für Parlamentsfragen seit 1969

Franziska Carstensen, Alexander Kühne und Marcus Wittig

Obwohl sich die deutsche Politikwissenschaft bereits seit ihrer Gründung mit Parlamenten beschäftigt¹, wird der Startschuss für die deutsche Parlamentarismusforschung gemeinhin auf 1969 datiert: Zum einem erschien in diesem Jahr die deutsche Erstausgabe des bahnbrechenden Bundestagsbuches von *Gerhard Loewenberg*² und zum anderen die Null-Nummer – das erste Heft – der Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl). Es ist nicht zuletzt *Winfried Steffani* und seinem Hamburger Kollegenteam – *Uwe Thaysen, Udo Bernbach, Franz Nuscheler* und *Hans-Joachim Winkler* – zu verdanken, dass die deutsche Parlamentarismusforschung mit der ZParl – gestaltet nach den Vorbildern des US-amerikanischen „Congressional Quarterly“ und der britischen „Parliamentary Affairs“³ – ein Forum für Dokumentationen, Analysen und Diskussionen bekam. Die vier Chefredakteure (*Hans-Joachim Winkler* 1970, *Udo*

1 Vgl. *Wilhelm Bleek*, Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München 2001, S. 259.

2 Vgl. *Gerhard Loewenberg*, Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1969. Im Original erschien das Buch zwei Jahre früher: *ders.*, Parliament in the German Political System, Ithaca 1967. Siehe auch *Helmar Schöne / Julia von Blumenthal*, Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Rückblick und Ausblick nach 40 Jahren – Zur Einführung, in: *dies.* (Hrsg.), Parlamentarismusforschung in Deutschland. Ergebnisse und Perspektiven 40 Jahre nach Erscheinen von Gerhard Loewenbergs Standardwerk zum Deutschen Bundestag, Baden-Baden 2009, S. 9 – 33, S. 9.

3 *Winfried Steffani*, Editorial, in: ZParl, 1. Jg. (1969/1970), H. 0, S. 3 – 4; *ders.*, Gründung, Grundgedanke und Geschichte der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen und ihrer Zeitschrift für Parlamentsfragen, in: Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen, 25 Jahre Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen. Parlamentarische Demokratie heute: herausgefordert – umstritten – erfolgreich. Ein Symposium aus Anlaß des 25jährigen Bestehens, Opladen 1997, S. 19 – 24, S. 19 f.

Bermbach 1971, Uwe Thaysen 1972 bis 2002, Suzanne S. Schüttemeyer seit 2003) sowie die zehn weiteren Redaktionsmitglieder⁴ (Franz Nuscheler, Peter Schindler, Winfried Steffani, Jörg-Detlef Kühne, Werner J. Patzelt, Wolfgang Zeh, Hermann Josef Schreiner, Thomas Hadamek, Michael Edinger, Sven T. Siefken) haben im vergangenen halben Jahrhundert zusammen mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V. (DVParl)⁵ maßgeblich daran mitgewirkt, das kritische Verständnis der unterschiedlichen Erscheinungsformen des Parlamentarismus in Deutschland und der Welt auf publizistisch wie wissenschaftlich hohem Niveau zu fördern. Die Zeitschrift gilt, so Rita Süßmuth zum 25-jährigen Jubiläum von ZParl und DVParl, „der interessierten Öffentlichkeit als fester Bestandteil des Parlamentarismus in Deutschland. [...] Immer gehört [sie] wie selbstverständlich dazu, prägt die Diskussion mit, marschiert – erlauben Sie mir diesen Ausdruck – stets an vorderster Themenfront“⁶.

1. Die ZParl als Spiegel der Parlamentarismusforschung – ein Kategorienschema

Überblicksdarstellungen zur Entwicklung und Leistungsbilanz der Parlamentarismusforschung in Deutschland lassen daher die Zeitschrift für Parlamentsfragen als Institution selten unerwähnt, unzitiert bleiben ihre Artikel nie.⁷ Zum Forschungsobjekt ist die ZParl bisher allerdings noch nicht geworden, obwohl sie laut Danny Schindler und Suzanne S. Schüttemeyer „als permanenter Spiegel einschlägiger Forschung fungiert“⁸. Dieser Hinweis wird hier aufgenommen, und alle Beiträge der zwischen 1969 und 2017 publizierten 193 Hefte sowie des Sonderbandes zum 25-jährigen Bestehen⁹ werden daraufhin untersucht, wie sie die Parlamentarismusforschung widerspiegeln: Welche Themen bildeten Dauerbrenner, hatten vereinzelte Höhepunkte oder wurden nur randständig behandelt? Gibt es in den fünf Jahrzehnten thematische Verschiebungen? Welche Ebenen und geographischen Schwerpunkte waren bedeutsam?

4 In der Zählung sind die Chefredakteure der ZParl nicht mitgerechnet, die vor und/oder nach ihrer Zeit als Chefredakteur immer auch Mitglieder der Redaktion gewesen sind.

5 Steffani berichtete, dass er und Thaysen 1969 die Verantwortlichen der britischen Hansard Society – unter anderem das organisatorische Dach der Zeitschrift „Parliamentary Affairs“ – besuchten, die seinerzeit unter einer unsicheren Finanzierung litt: „Uwe Thaysen meinte sofort: Wir sollten unser geplantes Zeitschriften- und Veranstaltungsvorhaben erst gar nicht anfangen, wenn wir die Sache nicht sowohl inhaltlich in völliger Unabhängigkeit als auch und trotzdem finanziell gesichert betreiben können.“ (Winfried Steffani, Gründung, Grundgedanke und Geschichte, a.a.O. (Fn. 3), S. 21.) Beide Ziele haben sie erreicht.

6 Rita Süßmuth, Ansprache zum 25jährigen Bestehen der Zeitschrift für Parlamentsfragen, in: Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen, a.a.O. (Fn. 3), S. 10 – 18, S. 10.

7 Vgl. zum Beispiel Heinrich Oberreuter / Uwe Kranenpohl / Martin Sebaldt, Der Deutsche Bundestag: Konstanz und Wandel eines Parlaments. Zur Einführung, in: dies. (Hrsg.), Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung, Wiesbaden 2001, S. 7 – 26; Helmar Schöne / Julia von Blumenthal, a.a.O. (Fn. 2); Sabine Kropp / Silke Riemann, Parlamentarismus, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln / Weimar / Wien 2008, S. 253 – 277; Werner J. Patzelt, Parlamentssoziologie, in: Viktoria Kaina / Andrea Römmele (Hrsg.), Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden 2009, S. 311 – 351; Danny Schindler / Suzanne S. Schüttemeyer, Parlamentarismus und Parlamentarismusforschung in Deutschland, in: Irene Gerlach / Eckhard Jesse / Marianne Kneuer / Nikolaus Werz (Hrsg.), Politikwissenschaft in Deutschland, Baden-Baden 2010, S. 143 – 165.

8 Danny Schindler / Suzanne S. Schüttemeyer, a.a.O. (Fn. 7), S. 145.

9 Winfried Steffani / Uwe Thaysen (Hrsg.), Demokratie in Europa: Zur Rolle der Parlamente, Opladen 1995.

Um diesen Fragen nachzugehen, wurde ein auf einschlägigen Überblicksdarstellungen deutscher Parlamentarismusforschung¹⁰ beruhendes Kategorienschema entwickelt (vgl. Tabelle 1). Vor allem *Werner J. Patzelt's* Zugriff auf das Thema erwies sich als analytisch fruchtbar und bildet – auf der Ebene der Unterkategorien in modifizierter Form – die Grundlage des vorliegenden Untersuchungsrahmens. Es beinhaltet Untersuchungen: (1) der komplexen Verursachungsformen konkreter parlamentarischer Praxis (im Folgenden kurz „Kontextfaktorkategorie“), (2) der parlamentarischen Akteure im „Lebenszyklus“ von Parlamenten (kurz „Abgeordnetenkategorie“), (3) zu den Parlamentsfunktionen und den sie erfüllenden Akteuren (kurz „Funktionenkategorie“) sowie (4) konkreter parlamentarischer Strukturen und ihrer Funktionslogik (kurz „Strukturenkategorie“). Da sich die Zeitschrift an der Schnittstelle zu verschiedenen Forschungszweigen befindet, wurde zusätzlich die Kategorie (5) Sonstiges eingerichtet. Modifikationen der Unterkategorien wurden – pragmatisch – mit Blick auf die Publikationspraxis der Zeitschrift vorgenommen: So sind in der Kontextfaktorkategorie Analysen von Wahlen auf europäischer, Bundes- und Landesebene sowie Beiträge zur Wahlforschung ebenso aufgenommen wie die mannigfaltigen Umweltbeziehungen von Parlamenten beispielsweise zu Interessenvertretern oder die Wechselwirkungen mit Instrumenten direkter Demokratie. Die Funktionenkategorie wurde durch die Unterkategorie Parlamentskultur, Symbole und Bräuche erweitert und die Strukturrenkategorie um die zwei Aspekte Wahl- und Parlamentsreform (vgl. Tabelle 1).

Für diesen Beitrag sind alle von 1969 bis Ende 2017 veröffentlichten Dokumentationen, Analysen, Aufsätze und Diskussionen den (Unter-)Kategorien zugeordnet. Dies geschah anhand der Inhaltsverzeichnisse und mithilfe der seit 1997 erscheinenden Abstracts sowie gegebenenfalls durch kursorische Sichtung der Editorials oder der eigentlichen Texte. Um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass Beiträge sich thematisch nicht nur einem der kategorial erfassten Themen widmen, konnten sie maximal einer weiteren Kategorie zugeordnet werden. Dementsprechend ist jeder Artikel entweder einmal mit dem Wert 1 oder jeweils mit dem Wert 0,5 in zwei (Unter-)Kategorien einsortiert. Zusätzlich wurden alle kategorisierten Beiträge – jeweils nur einmal mit dem Wert 1 – in einer zweiten Tabelle aufgeführt, um die behandelte Ebene und den geographischen Schwerpunkt zu ermitteln: Beschäftigen sie sich mit der Bundes-, Landes-, kommunalen oder europäischen Ebene? Wie viele Artikel hatten ein internationales Thema oder waren vergleichend angelegt (vgl. Tabelle 2)?

2. Themen und Besonderheiten in den Jahrzehnten

2.1. Findungsphase mit breitem Themenspektrum: Heft 0/1969 bis Heft 4/1979

Die frühen Jahre der ZParl waren davon geprägt, dass um das Format als wissenschaftliche Zeitschrift, die sich auch an Praktiker richtet, gerungen wurde. Das schließt ein, dass die Redaktion verschiedene Textsorten ausprobierte und wieder verwarf. So findet man anfangs etwa Pressemitteilungen zum Beispiel des Bundesverfassungsgerichts abgedruckt oder Inter-

10 Vgl. *Heinrich Oberreuter* / *Uwe Kranenpohl* / *Martin Sebaldt*, a.a.O. (Fn. 7); *Helmar Schöne* / *Julia von Blumenthal*, a.a.O. (Fn. 2); *Sabine Kropp* / *Silke Riemann*, a.a.O. (Fn. 7); *Werner J. Patzelt*, a.a.O. (Fn. 7); *Danny Schindler* / *Suzanne S. Schüttemeyer*, a.a.O. (Fn. 7); *Stefan Marschall*, *Parlamentarismus. Eine Einführung*, Baden-Baden 2016.

<i>Tabelle 1: Arbeitsgebiete der Parlamentarismusforschung und deren Widerspiegelung in der ZParl, Heft 01/1969 bis Heft 4/2017</i>												
Kategorienschema	0/1969 bis 4/1979		1/1980 bis 4/1989		1/1990 bis 4/1999		1/2000 bis 4/2009		1/2010 bis 4/2017		0/1969 bis 4/2017	
	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent
1. Untersuchungen der komplexen Verursachungsformen konkreter parlamentarischer Praxis („Kontextfaktorenkategorie“)												
1.1. Wähleranalysen												
1.1.1. Bundestag	5,5	1,2	9,0	2,2	8,0	1,8	4,5	0,9	4,0	1,0	31	1,4
1.1.2. Landtag	21,5	4,6	36,0	8,8	29,0	6,7	46,0	9,2	31,0	8,0	163,5	7,4
1.1.3. andere Länder	4,0	0,9	19,0	4,7	17,5	4,0	18,0	3,6	28,5	7,4	87	4,0
1.1.4. Wahlforschung	6,5	1,4	15,0	3,7	32,0	7,4	23,0	4,6	19,5	5,0	96	4,4
1.2. Sozialstruktur der Abgeordneten	8,0	1,7	11,0	2,7	3,5	0,8	6,0	1,2	11,0	2,8	39,5	1,8
1.3. formale und informale Parlamentsregeln	18,0	3,8	38,5	9,4	15,5	3,6	26,0	5,2	8,5	2,2	106,5	4,8
1.4. kontingentes / pfadabhängiges Werden des Parlaments	17,0	3,6	2,0	0,5	2,0	0,5	7,5	1,5	2,5	0,6	31	1,4
Umweltbeziehungen (1.5. bis 1.13.):												
1.5. zur Regierung	9,5	2,0	14,0	3,4	15,5	3,6	26,0	5,2	17,5	4,5	82,5	3,8
1.6. zur Verfassungsgerichtsbarkeit	1,5	0,3	3,0	0,7	5,0	1,2	7,5	1,5	8,0	2,1	25	1,1
1.7. zur Zweiten Kammer / Föderalismus	26,0	5,5	11,5	2,8	22,0	5,1	29,5	5,9	8,0	2,1	97	4,4
1.8. zur EU / Europäisierung	17,5	3,7	14,0	3,4	12,0	2,8	18,0	3,6	11,0	2,8	72,5	3,3
1.9. zu Parteien	22,0	4,7	19,0	4,7	59,5	13,8	59,5	11,9	38,0	9,8	198	9,0
1.10. zu anderen Institutionen*	2,5	0,5	5,0	1,2	2,0	0,5	3,5	0,7	3,0	0,8	16	0,7
1.11. direkte Demokratie	15,0	3,2	8,0	2,0	21,0	4,9	12,0	2,4	19,0	4,9	75	3,4
1.12. zum Lobbyismus / zu Interessenvertretung	11,5	2,4	8,5	2,1	5,0	1,2	4,0	0,8	1,0	0,3	30	1,4
1.13. zu Medien	2,5	0,5	2,0	0,5	6,0	1,4	6,0	1,2	1,5	0,4	18	0,8
1.14. Sonstiges	4,0	0,9	4,0	1,0	0,0	0,0	3,5	0,7	1,0	0,3	12,5	0,6
GESAMT für Kategorie I	192,5	41,0	219,5	53,9	255,5	59,1	300,5	60,2	213,0	55,0	1.181	53,8

Kategorienschema		0/1969 bis 4/1979		1/1980 bis 4/1989		1/1990 bis 4/1999		1/2000 bis 4/2009		1/2010 bis 4/2017		0/1969 bis 4/2017	
		Punkte	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent
2. Untersuchungen der parlamentarischen Akteure im „Lebenszyklus“ von Parlamenten („Abgeordneten-kategorie“)													
2.1.	Rekrutierungsmuster / Kandidatenselektion	6,0	1,3	1,5	0,4	3,0	0,7	4,0	0,8	3,0	0,8	17,5	0,8
2.2.	Wahlkampfverhalten / (Voraus-) Wirkung von Wahlregeln / Chancen von Amtsinhabern und Herausforderern	21,5	4,6	1,0	0,2	2,5	0,6	17,0	3,4	11,0	2,8	53	2,4
2.3.	Muster innerparlamentarischer Sozialisation / Rollenorientierungen und Rollenverhalten	6,0	1,3	4,0	1,0	4,0	0,9	4,0	0,8	3,0	0,8	21	1,0
2.4.	Fraktionskohäsion bzw. -disziplin / parlamentarisches Abstimmungsverhalten in Ausschüssen und Plenum	6,5	1,4	5,5	1,3	5,0	1,2	3,0	0,6	2,0	0,5	22	1,0
2.5.	Debattenordnung / parlamentarischer Debattenstil	5,0	1,1	3,5	0,9	1,5	0,3	1,0	0,2	2,0	0,5	13	0,6
2.6.	Professionalisierung / Bezahlung und Amtsausstattung von Parlamentariern und Fraktionen	15,5	3,3	3,5	0,9	8,0	1,8	10,5	2,1	7,5	1,9	45	2,0
2.7.	Wahlkreisarbeit von Abgeordneten	1,0	0,2	0,5	0,1	0,0	0,0	0,5	0,1	1,0	0,3	3	0,1
2.8.	parlamentarische Karrieren	6,5	1,4	2,0	0,5	0,0	0,0	0,5	0,1	1,5	0,4	10,5	0,5
2.9.	De-Rekrutierung / postparlamentarische Biographien	1,0	0,2	1,0	0,2	0,0	0,0	1,0	0,2	2,0	0,5	5	0,2
2.10.	Wirkungen von Amtszeitbegrenzungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0,0
2.11.	Sonstiges	20,0	4,3	4,5	1,1	1,0	0,2	7,5	1,5	6,0	1,5	39	1,8
GESAMT für Kategorie 2		89,0	19,0	27,0	6,6	25,0	5,8	49,0	9,8	39,0	10,1	229	10,4

Fortsetzung Tabelle 1

<i>Fortsetzung Tabelle 1</i>												
Kategorienschema	0/1969 bis 4/1979		1/1980 bis 4/1989		1/1990 bis 4/1999		1/2000 bis 4/2009		1/2010 bis 4/2017		0/1969 bis 4/2017	
	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent
3. Untersuchungen zu den Parlamentsfunktionen und den sie erfüllenden Akteuren („Funktionenkategorie“)												
3.1. Systematisierung von Parlamentsfunktionen	5,5	1,2	12,5	3,1	8,0	1,8	2,0	0,4	1,0	0,3	29	1,3
3.2. Regierungsbildung	13,0	2,8	6,5	1,6	5,0	1,2	6,5	1,3	6,0	1,5	37	1,7
3.3. Regieren in Koalitionen	2,0	0,4	15,0	3,7	13,5	3,1	14,0	2,8	6,5	1,7	51	2,3
3.4. Regierungskontrolle	21,0	4,5	13,0	3,2	10,0	2,3	7,0	1,4	5,5	1,4	56,5	2,6
3.5. Gesetzgebung	32,0	6,8	20,5	5,0	16,0	3,7	14,0	2,8	15,0	3,9	97,5	4,4
3.6. Repräsentation / parlamentarische Öffentlichkeit / Responsivität	9,5	2,0	7,5	1,8	13,0	3,0	9,0	1,8	11,0	2,8	50	2,3
3.7. Parlamentskultur, Symbole, Bräuche	2,5	0,5	2,0	0,5	2,0	0,5	7,0	1,4	1,0	0,3	14,5	0,7
3.8. Sonstiges	9,0	1,9	8,5	2,1	9,5	2,2	6,5	1,3	4,0	1,0	37,5	1,7
GESAMT für Kategorie 3	94,5	20,1	85,5	21,0	77,0	17,8	66,0	13,2	50,0	12,9	373	17,0
4. Untersuchungen konkreter parlamentarischer Strukturen und ihrer Funktionslogik („Strukturkategorie“)												
4.1. Steuerungsstrukturen: Ältestenrat, Präsidium, Parlamentarische Geschäftsführer	1,0	0,2	2,0	0,5	2,0	0,5	1,5	0,3	1,5	0,4	8	0,4
4.2. Fachstrukturen: Plenum, Ausschüsse	28,0	6,0	15,0	3,7	13,5	3,1	17,0	3,4	13,5	3,5	87	4,0
4.3. Politische Strukturen: Fraktionen und ihre Untergliederungen	12,0	2,6	5,5	1,3	5,5	1,3	8,5	1,7	4,0	1,0	35,5	1,6
4.4. (außer)parlamentarische Opposition	6,5	1,4	6,5	1,6	3,5	0,8	3,5	0,7	4,5	1,2	24,5	1,1
4.5. zeitliche Strukturierung des parlamentarischen Arbeitsgangs	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0,0
4.6. Parlamentsreform	14,0	3,0	11,5	2,8	4,0	0,9	0,5	0,1	2,5	0,6	32,5	1,5
4.7. Wahlrechtsreform	10,0	2,1	2,5	0,6	11,5	2,7	21,5	4,3	40,0	10,3	85,5	3,9
4.8. Sonstiges	6,5	1,4	5,0	1,2	5,5	1,3	6,0	1,2	9,5	2,5	32,5	1,5
GESAMT für Kategorie 4	78,0	16,6	48,0	11,8	45,5	10,5	58,5	11,7	75,5	19,5	305,5	13,9
5. Sonstiges	15,5	3,3	27,5	6,7	29,5	6,8	25,5	5,1	10,0	2,6	108	4,9
GESAMT alle Kategorien	469,5	100,0	407,5	100,0	432,5	100,0	499,5	100,0	387,5	100,0	2.196,5	100,0
* Rechnungshöfe, Bundespräsident etc.												
Anmerkung: Die Punktsummen der Beiträge in Tabelle 1 unterscheiden sich aufgrund der Codierungen minimal von der Gesamtzahl der Beiträge in Tabelle 2.												
Quelle: Eigene Auswertung. Die Grundlage für das Kategorienschema findet sich bei <i>Werner J. Patzelt</i> , a.a.O. (Fn. 7).												

views.¹¹ Es war sogar angedacht, die Zeitschrift später monatlich oder alle zwei Monate erscheinen zu lassen. Andere Neuerungen blieben erhalten. So erschien schon in Heft 4/1971 der erste Diskussionsbeitrag. Diese Rubrik wird seitdem lose, aber regelmäßig fortgesetzt.¹² Ein Editorial findet sich nach der Nullnummer 1969 zuerst wieder in Heft 4/1976 und ist seit Heft 2/1978 regelmäßig den Beiträgen eines Heftes vorangestellt. Auffallend ist, dass der erste Teil der Rubrik Dokumentation und Kurzanalysen mitunter reine Dokumentationsbeiträge enthielt. In Zeiten ohne Internet und einer schlechteren Verfügbarkeit von Daten war es sinnvoll, relevante Informationen zu einem Thema in der Zeitschrift zusammenzustellen.¹³ Charakteristisch ist, dass neben wissenschaftlichen Autoren auch Bundestagsabgeordnete oder andere Praktiker das Wort erhielten, zum Beispiel in Form von Stellungnahmen¹⁴ oder von Kolumnen und Glossen.¹⁵

Die durchschnittliche Anzahl der Beiträge pro Heft war mit 11,5 schon relativ hoch. Es sollte aber vergegenwärtigt werden, dass diese Zahl auch abgedruckte Pressemitteilungen und Gesetzentwürfe einschließt, die mitunter nur wenige Seiten einnahmen. Auch die wissenschaftlichen Analysen waren noch nicht so lang, so dass der durchschnittliche Umfang eines Jahrgangs mit 571 Seiten nicht sehr groß ausfällt.

Thematisch lagen in den 1970er Jahren wie in den Jahrzehnten darauf Beiträge in Kategorie 1 (Kontextfaktoren) vorn (41,0 Prozent, vgl. Tabelle 1), allerdings war deren Dominanz schwächer als in den späteren Dekaden. Zudem lagen die Kategorien 2 (Abgeordnete), 3 (Funktionen) und 4 (Strukturen) noch relativ nah beieinander und waren vergleichsweise gut vertreten (19,0; 20,1; 16,6 Prozent). Besonders Themen, die sich mit den Abgeordneten selbst befassen (Kategorie 2), sind für die 1970er Jahre kennzeichnend; in keinem der darauf folgenden Jahrzehnte waren solche Texte so häufig vertreten. Themen, die zu Dauerbrennern (vgl. Kapitel 4.1.) werden sollten, waren in den Anfangsjahren schon vielfach zu finden, aber noch nicht so dominant wie später: Landtagswahlanalysen (1.1.2.) sowie Texte zu Parteien (1.9.), Gesetzgebung (3.5.) und Fachstrukturen (4.2.) wurden schon oft veröffentlicht. Beiträge zum Wahlkampf und der Wirkung von Wahlregeln (2.2.), zur Professionalisierung (2.6.), Regierungskontrolle (3.4.) und Parlamentsreform (4.6.) sowie zu Fraktionen (4.3.) kamen häufiger vor als in den folgenden Jahrzehnten. Die Um-

11 *Heinz Laufer*, Interview mit dem bayerischen Staatsminister für Bundesangelegenheiten, Dr. Franz Heubl, in: ZParl, 1. Jg. (1970), H. 3, S. 309 – 313; *Uwe Thaysen / Winfried Steffani*, 25 Jahre Bundestag – Ein Gespräch mit dem Oppositionsführer Prof. Dr. Karl Carstens (CDU/CSU), in: ZParl, 6. Jg. (1975), H. 1, S. 93 – 113.

12 In den ersten drei Jahrzehnten der ZParl erschienen rund zehn Prozent aller Beiträge in der Diskussionsrubrik, wobei die meisten Texte in Kategorie 1 zu verzeichnen waren. Das bedeutet, dass ungefähr jeder zehnte Text explizit Teil und Grundlage einer Diskussion eines Themas war. Seit dem Jahr 2000 ist der Anteil der Diskussionstexte zurückgegangen auf ungefähr fünf Prozent aller Beiträge, wobei seit 2010 vor allem über Wahlrechtsreformen debattiert wird, fast jeder vierte Text in der Kategorie 4.7. war zwischen Heft 1/2010 und Heft 4/2017 ein Diskussionsbeitrag.

13 Vgl. zum Beispiel *Thomas Keller / Hubert Raupach*, Synopse der wissenschaftlichen Hilfsdienste in den Parlamenten von Bund und Ländern sowie der staatlichen Zuschüsse an die Fraktionen, in: ZParl, 1. Jg. (1970), H. 3, S. 301 – 305; Red. ZParl, Kontroverse Sitzverteilung im Europäischen Parlament. Dokumentation der aktuellen Diskussionsmodelle, in: ZParl, 7. Jg. (1976), H. 2, S. 226 – 227.

14 Zum Beispiel in Heft 2/1978 in Bezug auf Mitwirkungsrechte für das Europäische Parlament.

15 Vgl. zum Beispiel *Hugo Brandt*, Stoßseufzer eines desinformierten MdB, in: ZParl, 5. Jg. (1974), H. 1, S. 117 – 118.

weltbeziehungen zur Zweiten Kammer beziehungsweise zum Föderalismus (1.7.) wurden relativ oft thematisiert, wie auch in den 1990er und 2000er Jahren.

Insgesamt bietet das erste Jahrzehnt der ZParl Einblick in die frühe deutsche Parlamentarismusforschung, die weit gefächert interessiert ist, durch einen besonderen Fokus auf die parlamentarischen Akteure auffällt und um einen stetigen Austausch mit Praktikern bemüht ist.

2.2. Etablierung und thematische Ballung: Heft 1/1980 bis Heft 4/1989

In den achtziger Jahren erschienen durchschnittlich etwas mehr als zehn Artikel (10,2) pro Ausgabe. Die Zeitschrift hatte im Mittel einen Umfang von 606 Seiten pro Jahr. Von den vierzig in diesem Jahrzehnt veröffentlichten Heften stechen sieben Themenhefte hervor: 2/1980 (Landtagswahlanalysen: sieben Artikel), 3/1982 (Frankreich: 14), 4/1987 (Italien: acht), 3/1988 (Spanien: neun) und 2/1989 (USA: sieben).

Die Kontextfaktorenkategorie dominiert klar mit mehr als der Hälfte aller Beiträge (53,9 Prozent), gefolgt von der Funktionen- (21,0 Prozent) und Strukturenkategorie (11,8 Prozent). Dementsprechend entstammen die vier Unterkategorien, die im Vergleich zu allen anderen Zeitabschnitten besonders in den 1980er Jahren Konjunktur hatten, den Hauptkategorien eins und drei: Zur Sozialstruktur der Abgeordneten (1.2.) erschienen unter anderem Beiträge zu Frauen in Parlamenten und den in diesem Jahrzehnt neu in deutschen Parlamenten vertretenen Grünen-Abgeordneten. Bei den formalen und informalen Parlamentsregeln (1.3.) fallen besonders acht Analysen zu parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, sechs zur parlamentarischen Geschäftsordnung und vier zur Auflösung des Bundestages auf. Bei der Systematisierung von Parlamentsfunktionen (3.1.) standen Aspekte deutscher und internationaler Repräsentativkörperschaften sowie des seit 1979 direkt gewählten Europäischen Parlaments im Vordergrund; beim Regieren in Koalitionen (3.3.) finden sich neben Artikeln zum Regierungswechsel auf Bundesebene zu Beginn des Jahrzehnts besonders Beiträge aus den oben erwähnten Themenheften.

Obwohl die fünf Kategorien insgesamt im Vergleich zu allen anderen Zeitphasen weder besonders dominant oder gering ausgeprägt sind, spiegeln deren Beiträge dennoch den Problemhorizont des Jahrzehnts wider: Die neue Partei Die Grünen und deren Einfluss auf das Parteiensystem wurden ebenso behandelt wie – eng damit zusammenhängend – Herausforderungen repräsentativer Formen von Politik durch Neue Soziale Bewegungen und den mit ihnen verbundenen Forderungen nach mehr direkter Demokratie auf allen Ebenen des politischen Systems. Nicht zu vergessen ist dabei, dass nicht nur die schiere Anzahl, sondern auch die Qualität einiger weniger Beiträge ausschlaggebend sein können.

Hervorzuheben in diesem Jahrzehnt ist der publizistische Einsatz der Redaktion 1989 zur Reform von Untersuchungsausschüssen: Neben einem von *Steffani* bearbeiteten Muster-gesetz zu ihrer Einsetzung fällt insbesondere sein Engagement in dem mit dieser Diskussion verbundenen „Fall *Orgaß*“¹⁶ auf. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete und Bauexperte *Gerhard Orgaß* sah sich in den 1980ern Anschuldigungen durch den Untersuchungsausschuss des Bundestages zum Immobilienunternehmen „Neue Heimat“ ausgesetzt, „er habe

16 Vgl. *Winfried Steffani*, Betroffener als „Verfahrensobjekt“? Der „Fall Orgaß“ in Hamburg, in: ZParl, 20. Jg. (1989), H. 1, S. 54 – 65.

sich beim Kauf eines Grundstückes von der Neuen Heimat und beim Bau seines Einfamilienhauses auf diesem Grundstück mit Hilfe der Neuen Heimat ungerechtfertigt bereichert“¹⁷. Die Redaktion positionierte sich hierzu sehr deutlich: Die Geschehnisse seien „als Fall rücksichtslosen Umganges mit einem außenstehenden Dritten (über die Linien von Mehrheit und Minderheit hinweg) in den Annalen zu verzeichnen [...]. Dieses Kapitel gehört zu den schwärzesten der Nachkriegsgeschichte des westdeutschen Parlamentarismus“¹⁸. Die hierdurch provozierte rege Korrespondenz der an diesem Fall Beteiligten findet sich in Auszügen abgedruckt.¹⁹ Das blieb einzigartig in der Geschichte der Zeitschrift.

In den achtziger Jahren waren die fünf Kategorien im Vergleich zu den anderen Jahrzehnten nicht besonders auffällig. Thematisch griffen die Beiträge die zeitgenössischen Diskussionen und politischen Entwicklungen auf, und das zum Teil mit persönlichem Einsatz der Gründungsmitglieder der Zeitschrift. Besonders erwähnenswert ist die Etablierung von Themenheften, die sich vor allem neueren Entwicklungen bei Regierungsformaten, Parteiensystemen oder Parlamenten in anderen Staaten widmeten.

2.3. Wissenschaftlicher Kompass in Zeiten des politischen Wandels: Heft 1/1990 bis Heft 4/1999

Durch die politischen Ereignisse in Mittel- und Osteuropa Ende der 1980er Jahre wurde die Redaktion inhaltlich „unausweichlich gefordert“²⁰ und setzte bereits mit ihrem ersten Heft 1990 und insgesamt zwölf Beiträgen einen Schwerpunkt zum demokratischen Neubeginn in der DDR.²¹ In dieser wie in späteren Ausgaben beteiligte sich der damalige Chefredakteur *Uwe Thaysen* an der Diskussion.²² Durch seine beobachtende Teilnahme am Runden Tisch profitierte die ZParl von praktischen Erfahrungen der Demokratiefindung. In den folgenden Heften wurde das Thema wiederholt aufgenommen und auch die Transformationsprozesse in den Staaten Mittel- und Osteuropas und dem Baltikum begleitet. Kontrovers wurde die Hauptstadtdebatte mit insgesamt fünf Beiträgen bis 1992 diskutiert.

Die durchschnittliche Anzahl der Beiträge pro Heft lag bei 10,8. Darunter befanden sich auch abgedruckte Gesetzestexte zur deutschen Einigung sowie Berichte zum Abschluss

17 *Hans Schuler*, Um die Ehre gebracht, in: Zeit online vom 28. März 1986, <https://www.zeit.de/1986/14/um-die-ehre-gebracht> (Abruf am 2. Oktober 2018). Vgl. auch *Winfried Steffani*, a.a.O. (Fn. 16), S. 57 – 63. Der Untersuchungsausschuss hatte die Korruptions- und Misswirtschaftsvorwürfe gegen den gewerkschaftlichen Hamburger Wohnungsbaukonzern „Neue Heimat“ zum Gegenstand. Vgl. hierzu *Norbert Seitz*, Geschichte aktuell: Eigennutz statt Gemeinnutz. Vor 25 Jahren: Der „Neue Heimat“-Untersuchungsausschuss, in: Deutschlandfunk online vom 2. Juni 2011, http://www.deutschlandfunk.de/geschichte-aktuell-eigennutz-statt-gemeinnutz.724.de.html?dram:article_id=100210 (Abruf am 12. Juni 2018).

18 *Uwe Thaysen*, Editorial, in: ZParl, 20. Jg. (1989), H. 1, S. 3 – 4, S. 3.

19 „Noch einmal: Betroffener als ‚Verfahrensobjekt‘“, in: ZParl, 20. Jg. (1989), H. 3, S. 363 – 369.

20 *Uwe Thaysen*, Editorial, in: ZParl, 21. Jg. (1990), H. 1, S. 3 – 4, S. 3.

21 Der ZParl-Redaktion war es in Heft 1/1990 ein besonderes Anliegen, dass drei junge Wissenschaftler aus der DDR – *Wolfgang Kühmel*, *Jan Wielgobs* und *Marianne Schulz* – eine authentische Perspektive auf Entstehung, innere Struktur und Programmatik der neuen politischen Gruppierungen und Parteien zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 gaben.

22 Siehe die beiden Beiträge zum Runden Tisch in Heft 1 und 2/1990, ebenso wie die zwei Rezensionen in Heft 4/1996.

einer Expertenkommission und einer Konferenz der Landtagspräsidenten, die mitunter nur wenige Seiten einnahmen. Der durchschnittliche Seitenumfang eines Jahrgangs wuchs um fast ein Viertel auf 745 Seiten an.

Wie in allen Jahrzehnten finden sich bei weitem am meisten Beiträge in der Kontextfaktorenkategorie (59,1 Prozent) gefolgt von der Funktionen- (17,8 Prozent) und Strukturenkategorie (10,5 Prozent), während sich im Vergleich zu den Jahrzehnten zuvor weniger Untersuchungen mit den Abgeordneten selbst beschäftigten (Kategorie 2 mit 5,8 Prozent, vgl. Tabelle 1). Auffallend viele Texte befassten sich mit Umweltbeziehungen zu Parteien (1.9.) und direkter Demokratie (1.11.). Die in den 1990ern (teils drastisch) sinkenden Mitgliederzahlen der Parteien und die sich verändernden Bindungsmotive und Sozialprofile ihrer Mitglieder waren Gegenstand mehrerer Analysen; rege diskutiert wurden auch innerparteiliche Beteiligungsinstrumente als Antwort auf die „Parteienverdrossenheit“. Der bemerkenswerte Anstieg an Beiträgen zur Professionalisierung des Mandats (2.6.) hängt weitgehend mit der Betrachtung der Folgen des so genannten *Wüppesahl*-Urteils des Bundesverfassungsgerichts 1989 zum Abgeordnetenstatus zusammen. Obwohl sich dieses in erster Linie auf die Rechtsstellung des fraktionslosen Abgeordneten bezog, rückten die Ausführungen des Gerichts zur Verwendung der Fraktionsmittel in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit. Dass sich auffallend viele Beiträge mit dem Regieren in Koalitionen (3.3.) beschäftigten, hängt mit einem zweifachen Novum zusammen: Bei der Bundestagswahl 1998 wurde erstmals eine Bundesregierung komplett abgewählt, und in Sachsen-Anhalt hatte von 1994 bis 2002 eine SPD-geführte Minderheitsregierung („Magdeburger Modell“) besonders lange Bestand. Beide Themen fanden sich in zahlreichen Beiträgen wieder, letzteres wurde zudem rege diskutiert.

Im dritten Jahrzehnt der ZParl wurde die Zeitschrift umfangreicher, feierte mit einem bis heute einmaligen Sonderband ihr 25-jähriges Bestehen²³ und veröffentlichte in Heft 1/1997 erstmals kurze Zusammenfassungen ihrer Texte als Abstracts. Von Heft 1/1998 bis Heft 2/2007 erschien zudem unregelmäßig die Rubrik „Wieder gelesen“, die zum Nachlesen und -denken der klassischen Texte zum Parlamentarismus anregen sollte. Thematisch erwies sich die Zeitschrift als Dokumentations- und Diskussionsforum des politischen und gesellschaftlichen Wandels sowie als wissenschaftlicher Kompass im Transformationsprozess.

2.4. In Zeiten von Wechseln mit wachsendem Umfang: Heft 1/2000 bis Heft 4/2009

Das erste Jahrzehnt im neuen Jahrtausend war von Wechseln geprägt, und zwar in Bezug auf die Chefredaktion, den Einzug ins Internet und den Verlag. Mit Heft 1/2003 übernahm *Suzanne S. Schüttemeyer* von *Uwe Thaysen*²⁴ den Chefredakteursposten. Damit einher ging der Umzug der Redaktion samt Archiv an die Martin-Luther-Universität nach Halle an der Saale. Geprägt war die Dekade vom als Informationsmittel immer wichtiger werdenden Internet. Die Zeitschrift baute eine eigene Internetpräsenz auf und begann, ab Heft 2/2004 englischsprachige Abstracts abzudrucken, um die internationale Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit zu erhöhen. Mit dem Wechsel vom VS Verlag für Sozialwissenschaften

²³ *Winfried Steffani* / *Uwe Thaysen* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 9).

²⁴ Zum 65. Geburtstag *Thaysens* erschien mit Heft 3/2005 ein Sonderheft, das ihn als prägende Kraft in über 30 Jahren als Chefredakteur der ZParl würdigte.

(bis 2004 Westdeutscher Verlag) zum Nomos Verlag ging ab Heft 1/2007 eine markante Veränderung im Aussehen des Heftumschlags einher: Vom kompletten Orange wurde auf ein Drittel Orange und zwei Drittel Weiß gewechselt.

Die durchschnittliche Anzahl von Beiträgen pro Heft erhöhte sich auf 12,5. Gleichzeitig wuchs der durchschnittliche Seitenumfang eines Jahrgangs auf 894 Seiten an. Dies waren fast 150 Seiten mehr als im Jahrzehnt zuvor. Die Beiträge wurden also zahl- und umfangreicher. Reine Dokumentationen nahmen aufgrund der leichteren Recherchierbarkeit über das Internet ab²⁵, wissenschaftliche Analysen dominierten nun klar in der Zeitschrift. Begonnen wurde mit der Dokumentation der Parteimitgliedschaften in Deutschland, deren Daten *Oskar Niedermayer* seit Heft 2/2001 jährlich präsentiert.

Beiträge in Kategorie 1 (Kontextfaktoren) waren mit einem Anteil von 60 Prozent in diesem Jahrzehnt so oft vertreten wie in keinem anderen. Die Kategorien 2 (Abgeordnete), 3 (Funktionen) und 4 (Strukturen) erreichten ein ähnliches Niveau von um die zehn Prozent (vgl. Tabelle 1). Die Dauerbrenner Umweltbeziehungen zu Parteien (1.9.) und Landtagswahlanalysen (1.1.2.) waren überdurchschnittlich oft zu finden. Im Zuge der Föderalismusreformen nahmen auch wieder Beiträge zur Zweiten Kammer und zum Föderalismus zu (1.7.). Urteilsbesprechungen (1.3.) und Umweltbeziehungen zur Regierung (1.5.) waren gleich häufig im Fokus. Die Themen Wahlforschung (1.1.4.) und Wahlrechtsreform (4.7.) wurden oft aufgegriffen. In Kategorie 2 dominierten wie in den 1970er Jahren Beiträge zu Wahlkampf (2.2.) und zur Professionalisierung (2.6.). Bei der Funktionenkategorie schnitt die Gesetzgebung (3.5.) so gut ab wie das Regieren in Koalitionen (3.3.). In Kategorie 4 waren mehr Einträge zur Wahlrechtsreform zu finden als zu den Fachstrukturen (4.2.), die aber immer noch vergleichsweise häufig thematisiert wurden.

Im vierten Jahrzehnt der ZParl wurde die Zeitschrift physisch umfangreicher, im Internet erreichbar und international leichter zugänglich. Thematisch wurden die Verknüpfungen zur Parteien- und Wahlforschung noch stärker.

2.5. Konzentration auf die Kernthemen des Forschungszweigs: Heft 1/2010 bis Heft 4/2017

In den 2010er Jahren hat die Diskussion über die „Krise der Repräsentation“ wieder neue Nahrung erhalten: Einige Beobachter sehen in sinkender Wahlbeteiligung, geschwächten Volksparteien, dem Aufkommen von populistischen Parteien und massiven Bürgerprotesten Indizien dafür, dass die bisherigen Formen der Interessenvertretung und demokratisch verantwortlichen Entscheidungen durch Abgeordnete nicht mehr hinreichend leistungsfähig seien. Andere weisen auf die „Entmachtung“ der Parlamente durch Kompetenzverluste und wachsende Exekutivdominanz infolge der Europäisierung und globaler Verflechtungstendenzen hin. Hinzu kommen noch die Fragen der Verfassungsmäßigkeit des Wahlrechts zur Bundestagswahl. Die Zeitschrift widmete sich in diesem Jahrzehnt – immer häufiger in Themenschwerpunkten – diesen Kernthemen der Parlamentarismusforschung und lieferte zuvorderst eine nüchterne Bilanz der Praxis parlamentarischer Repräsentation. Eine solche Bestandsaufnahme steht am Anfang aller Bemühungen, um den Reformbedarf dieser schwierigen Ordnung zu bestimmen und Maßstäbe für ihre Veränderung zu gewinnen.

25 Die bisher letzten beiden Synopsen erschienen in Heft 3/2004 über die Positionen der Sachverständigen in der Bundesstaatskommission.

Die sinkende Anzahl der Beiträge pro Heft auf 12,1 und der gleichzeitige Anstieg des durchschnittlichen Seitenumfanges um 50 Seiten auf 940 zeigen, dass die wissenschaftlichen Analysen umfangreicher wurden.

Wie in den Jahrzehnten zuvor finden sich bei weitem am meisten Beiträge in der Kontextfaktorenkategorie (55,0 Prozent), gefolgt vom im Zeitverlauf höchsten Wert der Strukturen- (19,5 Prozent) und dem niedrigsten der Funktionenkategorie (12,9 Prozent). Wieder häufiger – wenn auch auf geringem Niveau – befassten sich Untersuchungen mit den Abgeordneten selbst (Kategorie 2 mit 10,1 Prozent, vgl. Tabelle 1). Mit Blick auf die Unterkategorien wird augenfällig, dass sich nie zuvor mehr Beiträge mit dem Thema Wahlrechtsreform (4.7.) beschäftigten. Der politische Einfluss, den das Bundesverfassungsgericht 2008 und 2012 mit seiner Judikatur zum Bundestagswahlgesetz genommen hat, wirkt also fort: Seitdem sind in der ZParl wiederholt Möglichkeiten für eine Reform vorgestellt und diskutiert worden. Auffallend viele Beiträge beschäftigten sich auch mit den Dauerbrennern Umweltbeziehungen zu Parteien (1.9.) – hier vor allem durch das Aufkommen von Piratenpartei und AfD –, Landtagswahlanalysen (1.1.2.), Wahlanalysen anderer Länder (1.1.3.) und direkter Demokratie (1.11.). In Kategorie 2 stechen zahlenmäßig Untersuchungen zum Wahlkampf (2.2.) und der Professionalisierung des Abgeordnetenmandats (3.6.) heraus. Zu letzterem Thema gab es einen Schwerpunkt in Heft 2/2014, der die Arbeit der „Unabhängigen Kommission zu Fragen des Abgeordnetenrechts“, ihre Ergebnisse und deren Umsetzung durch den Bundestag skizziert.²⁶ Die Themen Gesetzgebung (3.5.) und Repräsentation (3.6.) stellen die meisten Beiträge in der Funktionenkategorie 3.

In den 2010er Jahren wurde die Zeitschrift noch einmal physisch umfangreicher und konzentrierte sich zunehmend in Themenschwerpunkten auf die Kernbereiche der Parlamentarismusforschung.

3. Themen im Querschnitt: von Dauerbrennern zu seltenen Exemplaren

3.1. Dauerbrenner

Als Dauerbrenner gelten solche Themen, die seit Gründung der Zeitschrift über die Jahrzehnte hinweg kontinuierlich in zahlreichen Beiträgen auftauchen. Diesem Maßstab werden nur wenige Kategorien gerecht. Am ehesten finden sie sich bei drei Themen aus dem ersten Kategorienbereich (vgl. Tabelle 1). Seit den Anfangsjahren gibt es in der ZParl viele Landtagswahlanalysen, Urteilsbesprechungen und Beiträge, die den Umweltbeziehungen zu Parteien gewidmet sind. Die Analysen von Landtagswahlen sind zu einem Kennzeichen der Zeitschrift geworden. Ihre Regelmäßigkeit und Detailliertheit bereiten eine sehr gute Basis für weitere Untersuchungen, über den eigentlichen Sinn der Analyse der einzelnen Wahl hinaus.²⁷ Besprechungen von Urteilen zum Parlamentsrecht gehörten ebenfalls von Anfang

²⁶ *Suzanne S. Schüttemeyer* gehörte der Kommission an, die ein Leitbild des Abgeordneten entwarf und auf dieser Basis Empfehlungen zur Höhe der Abgeordnetenentschädigung und zum Verfahren ihrer Anpassung, zur Altersversorgung, zu Funktionsvergütungen und zur Kostenpauschale gab.

²⁷ Das erste Heft, das vorrangig Analysen von Landtagswahlen enthält, ist Heft 4/1975; zuvor waren sporadisch solche Untersuchungen erschienen.

an zum Repertoire. Hier kommt zum Tragen, dass das Wissen und Verstehen von Rechtsfragen elementar sind für die Parlamentarismusforschung. Der dritte Bereich, der insgesamt seit Bestehen der Zeitschrift viele Beiträge auf sich vereinigt, beschäftigt sich mit den Parteien und somit mit Akteuren, die für die modernen Parlamente zentral sind. Interessant ist, dass die Aufmerksamkeit für Parteien im Themenspektrum höher ist als für Fraktionen, den eigentlichen Handlungseinheiten im Parlament, die in den Kategorien 2.4. und 4.3. zu finden sind.

Bemerkenswert an den drei benannten Dauerbrennern ist, dass sie jeweils aus dem Beziehungsgeflecht, in dem Parlamente zu verorten sind, stammen. Dies führt vor Augen, wie wesentlich für die Parlamentarismusforschung die Verzahnungen mit Wahl-²⁸ und Parteienforschung sowie der Rechtswissenschaft sind. Hinzu tritt die Föderalismusforschung; zwar gibt es über die Zeit nicht gleichmäßig oft Beiträge über die Umweltbeziehungen zur Zweiten Kammer beziehungsweise zum Föderalismus, aber insgesamt betrachtet ist es ein oft analysiertes Thema.

In der Funktionenkategorie lässt sich die Gesetzgebung als Dauerbrenner qualifizieren. Die Aufmerksamkeit für diese zentrale Funktion von Parlamenten wurde zwar über die Jahrzehnte geringer, erreicht aber immer noch ein hohes Niveau. Ähnliches lässt sich über den Spitzenreiter der Strukturenkategorie, nämlich Beiträge über Fachstrukturen der Parlamente (Plenum, Ausschüsse), festhalten. Die Abgeordnetenkategorie enthält hingegen keinen Dauerbrenner. Bei den parlamentsspezifischen Themen dominieren somit Gesetzgebung und Fachstrukturen.

3.2. Themen mit einzelnen Höhepunkten

Neben diesen Dauerbrennern gibt es Themen, die nur zeitweise Höhepunkte fanden. Auffällig ist, dass eine Vielzahl von Fragestellungen bereits im ersten Jahrzehnt der Zeitschrift aufgeworfen wurde und das Maximum ihrer Rezeption erreichte. Damit finden sich in der ZParl von Beginn an viele Themen der Parlamentarismusforschung; sie etablierte dadurch den Forschungszweig maßgeblich mit. Mit Blick auf die Hauptkategorien trifft dies besonders auf die zweite (Abgeordnete) zu (vgl. Tabelle 1): Mit Abgeordneten selbst beschäftigten sich Untersuchungen vor allem von 1969 bis 1979, danach nahm die Zahl der Beiträge stark ab. Dieser Befund gilt auch für die Unterkategorien Rekrutierung (2.1.) und Professionalisierung der Mandatsträger (2.6.).²⁹

In Kategorie 1 ist bei den Themen pfadabhängiges Werden (1.4.) und Lobbyismus (1.12.) ebenso eine zeitliche Ballung der Beiträge im ersten Jahrzehnt der ZParl zu beobachten. Vereinzelt Höhepunkte fanden die Umweltbeziehungen der Parlamente zu Medien (1.13.) – 1990 bis 1999, 2000 bis 2009 – und das Thema direkte Demokratie (1.11.) – 1969 bis 1979, 1990 bis 1999, 2010 bis 2017. Die Höchstwerte beider Unterkategorien hängen eng zusammen mit gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der jeweiligen

28 Zur Bedeutung der Wahlforschung passt, dass über die Dekaden hinweg die Beiträge zur Wahlforschung (1.1.4.) und zur Wahlrechtsreform (4.7.) sowie die Wahlanalysen anderer Länder (1.1.3.) zahlreicher geworden sind.

29 Diese Verschiebung von Untersuchungen der Mikro- zur Mesoebene entspricht einem generellen Wandel in der damaligen Politikwissenschaft vom Behavioralismus zum Neo-Institutionalismus.

Zeit und unterstreichen die Praxisnähe und Aktualität der ZParl. In Kategorie 3 zu den Parlamentsfunktionen finden die Regierungsbildung (3.2.) und -kontrolle (3.4.) sowie die Gesetzgebung (3.5.) besonders im ersten Jahrzehnt der ZParl Beachtung. Systematisierungen von Parlamentsfunktionen (3.1.) wurden vor allem in den 1980ern diskutiert und neue Klassifikationsmuster angestoßen, die bis heute Gültigkeit haben.³⁰ In Kategorie 4 (Strukturen) erreichen die Fachstrukturen des Parlaments (4.2.) und Parlamentsreformen (4.6.) von 1969 bis 1979 ihr Maximum. Wahlrechtreformen (4.7.) wurden hingegen seit dem BVerfG-Urteil 2008 verstärkt behandelt. Seitdem die Verfassungsrichter den Bundestag aufgefordert haben, das Bundeswahlgesetz zu ändern, erlebte das Thema einen absoluten Höhepunkt. Mit zahlreichen konkreten Vorschlägen wurde die ZParl der zentrale wissenschaftliche Ort dieser Diskussion.

3.3. Themen mit wenig Aufmerksamkeit

Wo die Grenze für Themen ohne viel Aufmerksamkeit liegt, ist sicherlich strittig. Auch die Gründe für die Nichtbeachtung können vielfältig sein. Neben anderen Publikationsorten können dies beispielsweise fehlende theoretische wie empirische Anlässe sein. Marginale Gegenstände werden hier als Kategorien definiert, die im gesamten Betrachtungszeitraum einen Anteil von weniger als 0,5 Prozent (elf Artikel) aller 2.196 ZParl-Veröffentlichungen haben.

Mithilfe des gewählten Identifizierungsverfahrens können sechs von 45 Unterkategorien als Themen mit marginaler Aufmerksamkeit gelten (vgl. Tabelle 1). Überhaupt keine Beachtung fanden die Themen Wirkungen von Amtszeitbegrenzungen (2.10.) und zeitliche Strukturierung des parlamentarischen Arbeitsgangs (4.5.). Beides überrascht wenig, da es in Deutschland – abgesehen von den weithin akzeptierten Regelungen für Richter des Bundesverfassungsgerichts und den Bundespräsidenten – für politische Akteure kaum Amtszeitbeschränkungen gibt und Zeit als Thema politikwissenschaftlichen Interesses erst kürzlich stärker in den Blick geraten ist.³¹

Ebenso selten in der Zeitschrift sind Beiträge über die Wahlkreisarbeit (2.7.), zu Prozessen der De-Rekrutierung und postparlamentarischen Biographien (2.9.), den parlamentarischen Karrieren von Abgeordneten (2.8.) sowie zu parlamentarischen Steuerungsstrukturen (4.1.). Dieser Befund ist beachtenswert, da es sich hierbei um durchaus elementare Gegenstände der Parlamentarismusforschung handelt. Plausible Gründe für die geringe Beachtung können darin liegen, dass sich bei den parlamentarischen Steuerungsstrukturen und Karrie-

30 Nachdem 1979 das Europäische Parlament erstmals direkt gewählt wurde, beschäftigten sich mehrere Beiträge mit seinen Funktionen. Breite Resonanz findet zudem bis heute die grundlegende Klassifikation von *Winfried Steffani*, Zur Unterscheidung parlamentarischer und präsidentieller Regierungssysteme, 14. Jg. (1983), H. 3, S. 390 – 401.

31 Vgl. *Holger Straußheim / Tom Ulbricht* (Hrsg.), Zeit der Politik. Demokratisches Regieren in einer beschleunigten Welt, Baden-Baden 2015; *Werner J. Patzelt / Stephan Dreischer* (Hrsg.), Parlamente und ihre Zeit. Zeitstrukturen als Machtpotentiale, Baden-Baden 2009. Immerhin findet sich bereits ein Beitrag zur Beschleunigung der Gesetzgebung in der ZParl. Vgl. *Sophie Karow / Sebastian Bukow*, Demokratie unter Zeitdruck? Befunde zur Beschleunigung der deutschen Gesetzgebung, in: ZParl, 47. Jg. (2016), H. 1, S. 69 – 84.

ren kaum Veränderungen zu den bereits vorliegenden Forschungsergebnissen ergeben.³² Neben dem hohen Aufwand und schwierigen Feldzugang für Forscher zur Wahlkreisarbeit und zu Politikern nach dem Ausscheiden aus dem Mandat liegen auch hier jüngere Publikationen vor, die vorläufig als paradigmatisch gelten dürfen.³³

3.4. Sonstige Themen

Wenn Beiträge in keine der vier inhaltlichen Kategorien passten, wurden sie unter Sonstiges vermerkt. Dies war bei 4,9 Prozent aller Titel der Fall. Hier findet sich ein breites Spektrum an Themen – so zum Beispiel Artikel zu kommunalpolitischen Aspekten oder Diskussionen zur Hauptstadtfrage in den 1990ern. Neben diesen eher in geringer Anzahl (ein bis drei Punkte) anzutreffenden Gegenständen (neun an der Zahl), lassen sich auch thematische Schwerpunkte ausmachen. Mit 22 Punkten waren am häufigsten Beiträge vertreten, die sich allgemein mit Fragen der Demokratie auseinandersetzen. Hier fallen fünf Artikel in den 1980er Jahren zum Mehrheitsprinzip sowie jeweils drei zur elektronischen Demokratie (zwei speziell zu Südkorea) und zur Gewaltenteilung auf.

Des Weiteren waren in dieser Kategorie mit jeweils 18 Beiträgen Transformationsprozesse in Südeuropa und den ehemaligen Ostblockstaaten – vor allem in den 1980ern und 1990ern – sowie in allen Jahrzehnten immer wieder Befunde der Umfrageforschung Gegenstand von Dokumentationen und Analysen (zum Beispiel zur staatlichen Regulierung von Umfragen, zur Messbarkeit von Legitimität, zum politischen Wissen oder aber auch zum Demokratievertrauen und zur Politikverdrossenheit). Zudem widmen sich sieben historische Beiträge beispielsweise Parteiverboten im Vormärz, der Entstehung des Grundgesetzes und dem Parlamentarischen Rat.

Zusammengefasst findet sich in dieser Rubrik ein breites Potpourri an Themen, wobei sich jedoch Schwerpunkte herauskristallisieren: Aktuelle politische Entwicklungen jenseits des parlamentarischen Raumes werden theoretisch, historisch oder mit den Mitteln der Umfrageforschung vergleichsweise oft untersucht. Damit leistet die ZParl immer wieder auch außerhalb ihrer Kernthemen einen Beitrag zur historischen oder zeitgenössischen Verfasstheit demokratischer Politik in Deutschland und darüber hinaus.

32 Vgl. zu Karriereverläufen *Dietrich Herzog*, Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen, Opladen 1975. *Andreas K. Gruber*, Der Weg nach ganz oben – Karriereverläufe deutscher Spitzenpolitiker, Wiesbaden 2009, hat im Großen und Ganzen die von *Herzog* identifizierten Karriereverläufe auch für Politiker der Berliner Republik nachweisen können.

33 Vgl. zur Wahlkreisarbeit die Beiträge in *Oscar W. Gabriel / Eric Kerrouche / Suzanne S. Schüttemeyer* (Hrsg.), Political Representation in France and Germany. Attitudes and Activities of Citizens and MPs, Basingstoke, Hampshire 2018; *Sven T. Siefken*, Repräsentation vor Ort: Selbstverständnis und Verhalten von Bundestagsabgeordneten bei der Wahlkreisarbeit, in: ZParl, 44. Jg. (2013), H. 3, S. 486 – 506; *Danny Schindler*, Die Mühen der Ebene: Parteiarbeit der Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis, in: ZParl, 44. Jg. (2013), H. 3, S. 507 – 525. Zur post-parlamentarischen Karriere vgl. *Maria Kreiner*, Amt auf Zeit: Eine Verbleibsstudie über ehemalige Bundestagsabgeordnete, Baden-Baden 2016; *dies.*, Amt auf Zeit. Eine explorative Studie zum beruflichen und politischen Verbleib ehemaliger Bundestagsabgeordneter, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 2, S. 261 – 276.

Tabelle 2: Geographische Schwerpunkte in der ZParl, Heft 0/1969 bis Heft 4/2017

	0/1969 bis 4/1979		1/1980 bis 4/1989		1/1990 bis 4/1999		1/2000 bis 4/2009		1/2010 bis 4/2017		0/1969 bis 4/2017	
	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent	Punkte	Prozent
Deutschland:												
Bundesebene	137	29,1	147	36,0	116	26,9	130	26,0	137	35,4	667	30,4
Bundesrat	28	6,0	12	2,9	24	5,6	23	4,6	7	1,8	94	4,3
Landesebene	89	18,9	85	20,8	87	20,2	105	21,0	91	23,5	457	20,8
Kommunale Ebene	17	3,6	4	1,0	7	1,6	12	2,4	11	2,8	51	2,3
EU	38	8,1	18	4,4	13	3,0	15	3,0	9	2,3	93	4,2
andere Länder:												
Europa	36	7,7	69	16,9	60	13,9	35	7,0	34	8,8	234	10,7
Nordamerika	3	0,6	13	3,2	19	4,4	22	4,4	18	4,7	75	3,4
Mittel- und Südamerika	0	0,0	2	0,5	2	0,5	1	0,2	0	0,0	5	0,2
Asien und Ozeanien	0	0,0	0	0,0	1	0,2	4	0,8	7	1,8	12	0,6
Afrika	0	0,0	0	0,0	0	0,0	1	0,2	3	0,8	4	0,2
Vergleich	52	11,1	15	3,7	39	9,0	59	11,8	19	5,0	184	8,4
Sonstiges	70	14,9	43	10,5	63	14,6	93	18,6	51	13,2	320	14,6
GESAMT	470	100,0	408	100,0	431	100,0	500	100,0	387	100,0	2.196,0	100,0

Quelle: Eigene Auswertung.

4. Themen nach Ebenen und geographischen Schwerpunkten: Bundestag und Landesparlamente oft im Fokus

Die Untersuchung der Beiträge hinsichtlich der behandelten Ebenen und geographischen Schwerpunkte erfolgt nach dem Muster, das in Kapitel 2 erläutert wurde. Wichtig ist, dass die Ebenen weit interpretiert sind, dass also auch Themen, die die jeweilige Ebene betreffen, dort zu finden sind, auch wenn kein expliziter und ausschließlicher Parlamentsbezug besteht. So wurden zum Beispiel für Deutschland die Wahlanalysen der jeweiligen Ebene und bei anderen Ländern der geographischen Region zugeordnet. Dies hat den Vorteil, dass die große Mehrheit aller Artikel einer Ebene zugeordnet und die Anzahl der unter Sonstiges eingruppierten Beiträge gering gehalten werden konnte.

Die Gesamtschau zeigt, dass die Hälfte der Beiträge in der ZParl dem Bundestag (rund 30 Prozent, vgl. Tabelle 2) und den Landesparlamenten (rund 20 Prozent) gewidmet ist. Diese Werte bleiben über die Dekaden hinweg relativ stabil.³⁴ Danach folgen Beiträge über andere europäische Länder mit rund elf Prozent. An vierter Stelle stehen mit einem Anteil von 8,4 Prozent Texte mit Vergleichscharakter; es sollte allerdings beachtet werden, dass auch Veröffentlichungen, die gemeinsam Bundes- und Landesebene behandeln, hier eingeordnet wurden.³⁵ Fast gleichauf folgen der Bundesrat (und Föderalismus) sowie die Europäische Union (4,3 und 4,2 Prozent). Bei beiden Kategorien ist die Zahl der Beiträge zu diesen Themen über die Zeit gesunken. Bei der EU lässt sich vermuten, dass durch das Aufkommen neuer Zeitschriften, die sich nur europäischen Themen verschrieben haben, Artikel abgewandert sind.

Kontinental betrachtet liegt der Fokus der Zeitschrift eindeutig auf Europa. Nordamerika spielt durchaus auch eine Rolle, mit einem wachsenden Anteil von Beiträgen. Parlamente in anderen Weltregionen werden aber nur sehr selten in der Zeitschrift analysiert.

In den Zielen der Zeitschrift ist festgehalten: „Bundes- und Landesparlamentarismus, Aspekte der kommunalen Ebene und Verfassungsfragen sowie Probleme des internationalen Parlamentsvergleichs stehen im Vordergrund. In größeren Abständen wird die parlamentarische Entwicklung anderer Staaten behandelt.“³⁶ Nimmt man diese Ziele als Maßstab, so werden sie mit den veröffentlichten Beiträgen größtenteils eingelöst. Allerdings könnte der kommunalen Ebene mehr Aufmerksamkeit als bisher (2,3 Prozent) geschenkt werden; zudem bietet es sich an, bei der Behandlung von anderen Staaten den Fokus stärker auf parlamentarische Entwicklungen zu lenken. Meist überwiegen hier die Wahlanalysen. Darüber hinaus ist es erstrebenswert, häufiger Parlamente außerhalb Europas und Nordamerikas zu untersuchen.

34 Bundestagsthemen haben ihre Höhepunkte in den 1980er Jahren und seit 2010, die Landesebene in den 2000er Jahren und ebenfalls ab 2010.

35 In den 1970er Jahren überwogen in der Vergleichskategorie Beiträge zu Bund und Ländern (fast 60 Prozent). Besonders wenige mit diesem Fokus gab es in den 1990er Jahren (gut jeder achte Vergleichsbeitrag). Zuletzt, ab 2010 war etwa jeder dritte Vergleichsbeitrag einer innerdeutschen Gegenüberstellung gewidmet.

36 Zu finden sind die Ziele zum Beispiel auf der Internetseite der Zeitschrift: www.zparl.de/information/ziele/ (Abruf am 19. Juni 2018). Sie entsprechen immer noch im Wesentlichen dem von Winfrid Steffani, Editorial, a.a.O. (Fn. 3), entworfenen Programm der Zeitschrift.

5. Eine erste Bilanz nach fast fünf Jahrzehnten

(1) Das in diesem Beitrag angewandte Kategorienschema hat sich als fruchtbar für die Untersuchung von Themensetzungen und -schwerpunkten einer Zeitschrift der Parlamentsforschung erwiesen. Es ist zu empfehlen, anhand dieses Kategorienschemas auch andere wissenschaftliche Zeitschriften, die der Analyse von Parlamenten gewidmet sind, zu untersuchen. Hierfür böten sich vor allem die aus dem angloamerikanischen Raum stammenden „Parliamentary Affairs“ (seit 1947), „Legislative Studies Quarterly“ (seit 1976) und „The Journal of Legislative Studies“ (seit 1995) an. Eine Analyse der genannten Zeitschriften sollte vergleichend angelegt sein, so dass mögliche Divergenzen und Übereinstimmungen in Themensetzung und Publikationspraxis der vier Periodika aufgedeckt werden können. So entstünde zugleich eine Geschichte der Parlamentarismusforschung in den letzten Jahrzehnten.

(2) Die vorgelegten Daten sind hier erst in groben Zügen untersucht worden. Eine detailliertere weitere Analyse ist angebracht, die sich noch genauer der Entwicklung von einzelnen Themengebieten widmet. So könnte beispielsweise bei den Parlamentsfunktionen gefragt werden, welche Teilaspekte der Funktionserfüllung besondere Aufmerksamkeit erfahren haben und inwiefern systematisierend vorgegangen wurde. Bei Themen zur Europäischen Union, die in den 1970er Jahren eine besonders frühe Hochzeit erlebt hatten, wäre zu fragen, ob mit dem Aufkommen neuer Zeitschriften, die sich ausschließlich mit EU-Themen beschäftigen, Beiträge abgewandert sind.

(3) Die klare Dominanz von Themen aus der ersten Kategoriengruppe, die Untersuchungen der komplexen Verursachungsformen (Kontextfaktorenkategorie) konkreter parlamentarischer Praxis versammelt, über die Jahrzehnte hinweg verdeutlicht, wie interdisziplinär die Zeitschrift für Parlamentsfragen von Anfang an war und geblieben ist. Insbesondere die Verknüpfungen zur Wahl-, Parteien- und Föderalismusforschung sowie zur Rechtswissenschaft sind stark ausgeprägt. Soziologische und historische Beiträge finden ebenso immer wieder Eingang, aber in nicht so hoher Frequenz wie die zuerst genannten Themengebiete. Diese konstante Dominanz der Interdisziplinarität offenbart, dass Parlamentsforschung besonders gut gedeiht, wenn sie verschiedene Ansätze integriert. Mitunter scheint es allerdings so, dass Parlamentswissenschaftler an Befunden aus anderen Wissenschaftszweigen interessierter sind, als dies umgekehrt der Fall ist. Daher sollte dafür geworben werden, dass Beiträge aus anderen Richtungen stärker parlamentswissenschaftliche Befunde beachten, bedenken und in eigene Forschungsansätze integrieren.

(4) Auffallend ist, dass neben den thematischen Dauerbrennern (Entwicklungen von Parteien, Landtagswahlen, Urteilsbesprechungen) immer wieder aktuelle Entwicklungen in der Zeitschrift für Parlamentsfragen aufgegriffen wurden. Dies lässt sich zum Beispiel ablesen an den Texten in den letzten Jahren zur Wahlrechtsreform auf Bundesebene, in den 1970er Jahren waren es beispielsweise die Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils zu den Diäten und in den Jahren nach 1989/90 die Entwicklungen in Ostdeutschland und Osteuropa. Die Diskussion von jeweils aktuellen Fragestellungen in Parlamenten trägt zur Praxisrelevanz der Zeitschrift bei, da so Abgeordnete und Mitarbeiter von Parlamentsverwaltungen sie jeweils akut interessierende Themen in Für und Wider debattierenden Texten wiederfinden. Zur Praxisrelevanz gehört auch, dass Landtagswahlen analysiert und seit 2001 die Entwicklung der Parteimitgliedschaften in Deutschland jährlich dokumentiert werden. Diese Art von Dokumentationen verliert trotz der Existenz des

Internets nicht an Relevanz, da viele Informationen nicht einfach schnell verfügbar und anklickbar sind, sondern Recherche und Analyse benötigen.

(5) In Beiträgen, die der originären Parlamentsforschung zugeordnet werden können – also aus den Kategorien 2 (Abgeordnete), 3 (Funktionen) und 4 (Strukturen) –, schälte sich heraus, dass die meisten der Gesetzgebung und den Ausschüssen gewidmet waren. Die anderen Parlamentsfunktionen, aber auch andere parlamentarische Strukturen, vor allem die Fraktionen, wurden nicht so häufig wie die beiden genannten Themengebiete bearbeitet. Sehr wenige Texte gab es zudem über die Wahlkreisarbeit von Abgeordneten, parlamentarische Steuerungsstrukturen und Karrieren sowie über postparlamentarische Biographien von Abgeordneten. Damit sind vor allem Beiträge aus Kategorie 2 zu den Abgeordneten vergleichsweise wenig vertreten. An diesen Beispielen zeigt sich, dass die Zeitschrift für Parlamentsfragen als „permanentener Spiegel einschlägiger Forschung“³⁷ zugleich verdeutlicht, wo sich Forschungsvorhaben konzentrieren und wo viel Raum für Untersuchungen bleibt.

(6) Hinsichtlich der geographischen Schwerpunkte und behandelten Ebenen lässt sich ein Fokus auf den Bundestag und die deutschen Landesparlamente konstatieren. Nimmt man die Ziele der Zeitschrift als Maßstab, so ist diese Konzentration begrüßenswert, allerdings könnten mehr Texte als bisher zur kommunalen Ebene, insbesondere ihren Repräsentativkörperschaften, veröffentlicht werden. Zudem wäre mehr geographische Vielfalt erstrebenswert, um das Wissen über parlamentarische Funktionserfüllungen und Entwicklungen auf anderen Kontinenten als nur in Europa und Nordamerika zu erhalten. Es wäre außerdem wünschenswert, wenn in Beiträgen über andere Länder nicht nur Wahlen analysiert werden, sondern auch deren parlamentarische Entwicklung.

Der Forderung von *Winfried Steffani* in der Nullnummer von 1969 „nach einer intensiveren Förderung von Information und Diskussion über Struktur, Arbeitsweise sowie Reformnotwendigkeiten des gegenwärtigen parlamentarischen Regierungssystems der Bundesrepublik“³⁸ ist die Zeitschrift für Parlamentsfragen in den fast fünf Jahrzehnten ihres Bestehens, ausweislich der hier vorgelegten Daten, nachgekommen. Sie ist ein Unikat in der (deutschen) Politikwissenschaft, da sie dem ebenfalls von *Steffani* formulierten Anspruch, „sowohl für den interessierten Bürger als auch den politischen Praktiker, Journalisten und Wissenschaftler von Wert“³⁹ zu sein, gerecht zu werden versucht. Dies ist nicht zuletzt auch dem unermüdlichen Engagement vor allem der beiden die Zeitschrift maßgeblich prägenden Chefredakteure *Thaysen* und *Schüttemeyer* zu verdanken. Zu verorten ist die ZParl jedoch eindeutig in der Wissenschaft, die der Praxis die Türen öffnet. In Zeiten, in denen wissenschaftliche Zeitschriften verstärkt den Trends der verengenden Spezialisierung, Angloamerikanisierung und anonymisierten Begutachterverfahren, die den Mainstream der Forschung stärken⁴⁰, ausgesetzt sind, ist es umso wichtiger, eine Zeitschrift zu hegen und zu pflegen, die sich zur Aufgabe macht, die parlamentarische Demokratie zu untersuchen und zu erklären, für sie zu werben, aber auch einzelne Entwicklungen zu diskutieren und gegebenenfalls zu beanstanden.

37 *Danny Schindler* / *Suzanne S. Schüttemeyer*, a.a.O. (Fn. 7), S. 145.

38 *Winfried Steffani*, Editorial, a.a.O. (Fn. 3), S. 3.

39 Ebenda, S. 4.

40 Vgl. dazu auch *Franziska Carstensen*, *Wohin des Wegs, wissenschaftliche Zeitschriften?*, in: ZParl, 48. Jg. (2017), H. 1, S. 236 – 237.